

Wann  
wenden  
sich  
Hilfsorganisationen  
an  
die  
Politik?



Wenn  
uns  
die  
Hände  
gebunden  
sind.

Von ANICA HEINLEIN



## SOME BAD NEWS

06.03.2017

CARE: „Legale Fluchtoptionen gleichen Lotteriespiel“

13.03.2017

Sechs Jahre Syrienkrise: Noch immer harren 650.000 Menschen in belagerten Gebieten aus

05.04.2017

Syrien: CARE verurteilt Angriffe auf Idlib

20.06.2017

Weltflüchtlingstag: 82 Prozent syrischer Flüchtlinge in Jordanien leben unterhalb der Armutsgrenze

09.08.2017

Jemen: Verschärftes Leid durch eingeschränkten Luftverkehr

15.09.2017

Flüchtlinge aus Myanmar in Bangladesch: CARE warnt vor Gefahren für Frauen und Kinder

17.10.2017

Flüchtlinge in Bangladesch: CARE warnt vor Anstieg sexualisierter Gewalt

17.11.2017

Hilfsorganisationen zur anhaltenden Blockade im Jemen: „Millionen Menschen drohen Hunger und Tod“

Dies sind nur einige Überschriften der von CARE veröffentlichten Pressemeldungen im Herbst 2017. Sie spiegeln unsere Aktivitäten, aber auch klar unsere Grenzen wieder. Ein Großteil der Arbeit von CARE Deutschland besteht aus Nothilfe. Wie es der Begriff vermuten lässt, geht es dabei um die Versorgung von Menschen in Not. Im Fall von Krieg und Konflikt oder nach einer Naturkatastrophe sind die Betroffenen zwar mit dem Leben davon gekommen, haben aber sonst oft alles verloren und besitzen buchstäblich nur noch die Kleider, die sie am Leib tragen.

Die Vereinten Nationen und private Hilfsorganisationen wie CARE kümmern sich dann darum, diese Menschen zu versorgen und ihre grundlegenden Bedürfnisse zu stillen. Wir verteilen Essen und sauberes Trinkwasser, errichten Unterkünfte, organisieren medizinische Versorgung und kümmern uns auch darum, dass Menschen in Not Bildung und Perspektiven erhalten. Dabei verpflichten sich Hilfsorganisationen den humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit.

Zurück gehen diese Grundsätze auf den Gründer der Rot-Kreuz-Bewegung, den Schweizer Henry Dunant. Im Jahr 1859, auf einer Geschäftsreise nach Solferino in Oberitalien, wurde er zufällig Zeuge einer der blutigsten Schlachten der europäischen Geschichte mit über 40.000 Verwundeten und Toten. Schockiert vom Elend der Opfer und der Hilfslosigkeit der Sanitätskräfte formulierte er drei Jahre später in seinem Erlebnisbericht „Eine Erinnerung an Solferino“ die Idee von internationalen Hilfsorganisationen, die sich auf Basis von Neutralität und Freiwilligkeit im Fall einer Schlacht um die Verwundeten kümmern sollten. Das Rote Kreuz war geboren.

Für Dunants Ideen interessierten sich auch Staaten: Schon 1864 griffen zwölf Länder seine Empfehlungen auf und verabschiedeten die erste Genfer Konvention „betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen“. Sie legte das Fundament für das heutige humanitäre Völkerrecht, in dem später auch der Schutz von Zivilisten im Kriegsfall geregelt wurde.

## DIE HUMANITÄREN PRINZIPIEN

### MENSCHLICHKEIT

Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt. Wo Menschen durch Katastrophen oder Konflikten leiden, haben sie ein Recht auf Hilfe, bei der ihre Menschenwürde gewahrt wird. Hilfe darf nicht entmündigen, sondern muss Menschen in Not die Hand reichen.

### UNPARTEILICHKEIT

Das Kriterium für Hilfe ist allein der humanitäre Bedarf. Ethnische Herkunft, Geschlecht oder religiöse und politische Zugehörigkeit dürfen keine Rolle bei der Vergabe spielen. Hilfe muss dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht wird und wo die Menschen sich am wenigsten aus eigener Kraft helfen können.

### NEUTRALITÄT

Humanitäre Organisationen dürfen sich nicht in den Konflikt einmischen und sich nicht für oder gegen eine Konfliktpartei aussprechen.

### UNABHÄNGIGKEIT

Humanitäre Organisationen müssen frei und ohne äußere Einflussnahme ihre Arbeit durchführen können. Dies bedeutet die nötige Distanz von den Konfliktparteien, aber auch von Gebern. Humanitäre Hilfe ist kein Instrument deutscher Außenpolitik. Auch um Unabhängigkeit zu wahren sind private Spenden und möglichst viele unterschiedliche Geber – etwa Regierungen, internationale Organisationen, Unternehmen, Stiftungen – so wichtig.

---

# 2,98

SYRIEN IM SEPTEMBER

2017

# 419.920

*Millionen Menschen lebten in schwer zugänglichen Gebieten.*

*Menschen waren komplett von Hilfe abgeschnitten.*

Die heute geltenden vier Genfer Abkommen von 1949 sowie die beiden Zusatzprotokolle von 1977, die insbesondere das Verbot direkter Angriffe auf Zivilpersonen und ein Recht auf humanitäre Hilfe in bewaffneten Konflikten beinhalten, bilden gegenwärtig die Grundlage für die Arbeit von humanitären Hilfsorganisationen. Entsprechend diesen Abkommen gelten vor allem vier Personengruppen in internationalen bewaffneten Konflikten als geschützt: die Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Feld (Genfer Abkommen I), die Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See (Genfer Abkommen II), die Kriegsgefangenen (Genfer Abkommen III) sowie die Zivilpersonen in Kriegszeiten (Genfer Abkommen IV). Der Schutz der Genfer Konventionen gilt darüber hinaus auch für Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und andere Personen, die für die Hilfe und Versorgung tätig sind, kurz: die humanitären Helfer.

Als ich vor Jahren das erste Mal von den vier humanitären Prinzipien hörte, dachte ich, jemand hätte sich einen Scherz erlaubt. „Menschlichkeit“ leuchtete mir gerade noch ein, aber „Neutralität“, „Unparteilichkeit“ und „Unabhängigkeit“ schienen mir dreimal das Gleiche zu

sein, zumindest den Worten nach und auf den ersten Blick.

Doch die Begriffe haben inhaltlich rein gar nichts miteinander zu tun. Sie bieten vielmehr den Rahmen, der es Hilfsorganisationen ermöglicht, als außenstehende Akteure in einem Konflikt wahrgenommen zu werden. Deswegen sind die humanitären Prinzipien so zentral und deswegen gilt der Angriff auf humanitäres Personal als schwerer Verstoß gegen Internationales Recht.

Im Grunde ist es schnell erklärt: Hilfsorganisationen und ihre Mitarbeiter helfen denen, die Hilfe am nötigsten brauchen, egal wer oder welche Gruppe dies ist (Unparteilichkeit). Sie sind unabhängig von irgendeinem anderen Interesse als dieser Hilfe (Unabhängigkeit). Und sie nehmen keine Seite in dem Konflikt ein, in dem sie sich bewegen (Neutralität). Ein feinmaschiges Netz an Sicherheiten, um zu gewährleisten, dass Helfer wirklich zu denen gelangen, die die Hilfe am dringendsten benötigen.

Soweit, so gut.

Fast alle Hilfsorganisationen beschäftigen heutzutage politische Referenten. Ihre Betitelung mag variieren, doch diese Fachleute haben die Aufgabe, den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern zu

suchen und zu halten. Bei CARE in Deutschland haben wir drei Themen, zu denen wir hauptsächlich politische Anwaltschaftsarbeit leisten: die Aufmerksamkeit für humanitäre Krisen, der Kampf gegen den Klimawandel und seine negativen Folgen und die weltweite Beseitigung von Hunger.

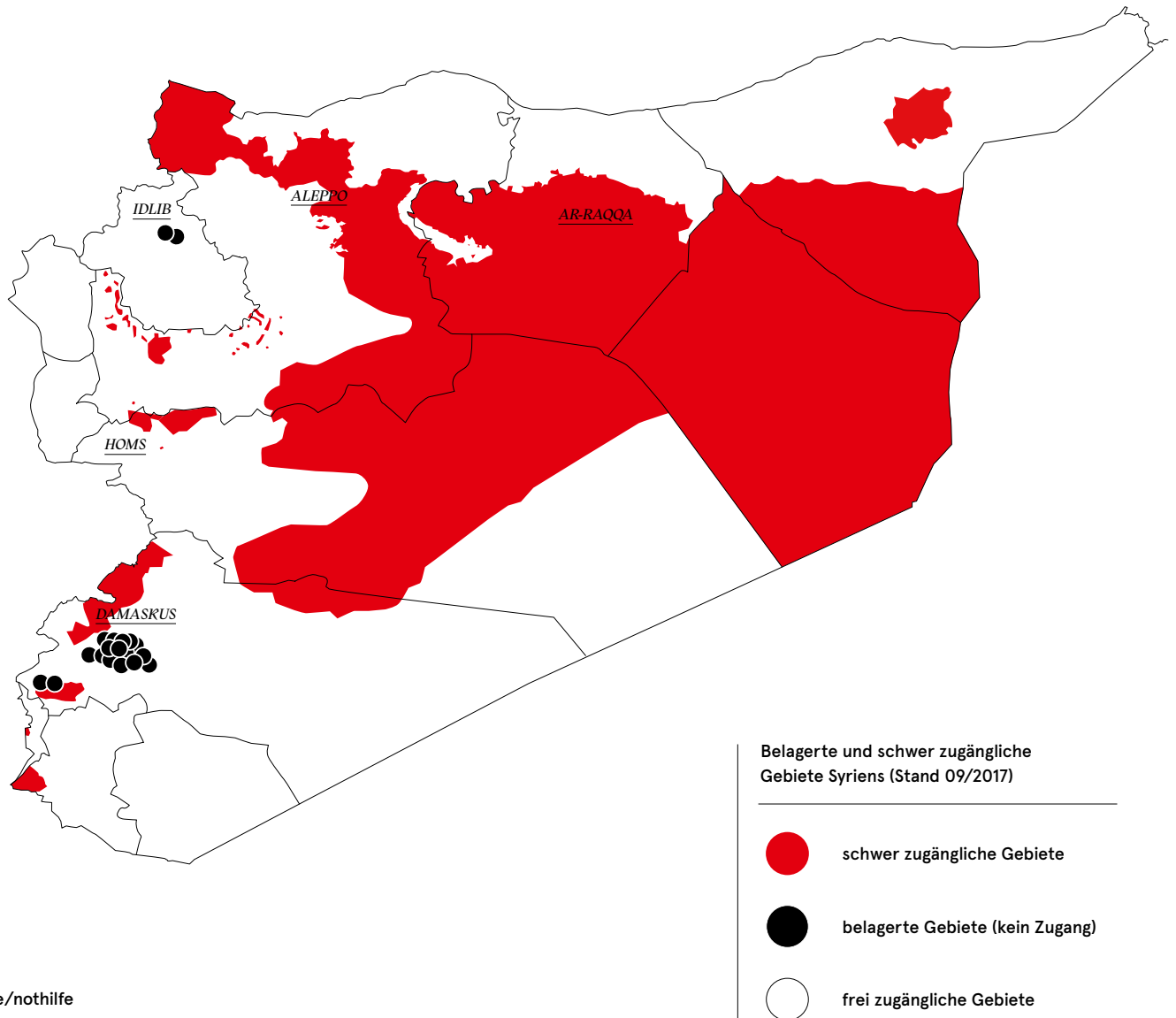
Ist CARE Deutschland also noch neutral, wenn wir mit den politischen Entscheidungsträgern in Kontakt treten und beispielsweise entschlossenes Handeln der Bundesregierung für die Beilegung eines Konflikts einfordern? Verletzen wir damit nicht die humanitären Prinzipien und setzen uns der Gefahr aus, nicht mehr als neutral wahrgenommen zu werden und uns so zur Zielscheibe zu machen? Sollten wir uns nicht aus den politischen Gefilden heraushalten und uns auf unsere Arbeit konzentrieren – nämlich die praktische Hilfe für die Menschen vor Ort?

Ein Beispiel: Im März 2017 jährte sich der Tag des Konfliktausbruchs in Syrien zum sechsten Mal. Unter dem Motto „Uns sind die Hände gebunden“ versammelten sich 23 deutsche Hilfsorganisationen vor dem Bundestag zu einem gemeinsamen starken Bild und forderten Zugang zu den eingeschlossenen Gebieten in Syrien, in denen kaum oder keine

# SYRIEN

Nicht nur die Kampfhandlungen, sondern auch verweigerte Genehmigungen für Hilfstransporte auf lokaler und nationaler Ebene, nicht eingehaltene Feuerpausen, Uneinigkeit über Zugangsrouten und die Nicht-Einhaltung von Verfahren an Checkpoints durch die beteiligten Konfliktparteien machen ausreichende und effiziente Hilfe in Syrien oft unmöglich.

Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)



Hilfe möglich ist. Begleitet wurde die Aktion mit einem Forderungspapier an die deutsche Politik.

Darin appellierten wir dringend an die Bundesregierung, durch verstärkte diplomatische Bemühungen eine Beendigung des Konflikts in Syrien herbeizuführen. Wir wiesen darauf hin, dass dafür zunächst ein dauerhafter, unabhängig überwachter Waffenstillstand und sodann eine politische Einigung zwischen den Konfliktparteien erreicht werden müssen. Und wir forderten, dass in alle Verhandlungsprozesse unabhängige Vertreterinnen und Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft substanziell miteinbezogen werden. Wir verlangten, Druck auf alle Konfliktparteien auszuüben, die Zivilbevölkerung vor jeglichen Kampfhandlungen und deren Auswirkungen zu schützen und wiesen darauf hin, dass humanitäres Völkerrecht eingehalten und Zuwiderhandlungen mit Mitteln der internationalen Strafgerichtsbarkeit geahndet werden müssen.

Und wir forderten natürlich den vollständigen, unmittelbaren, bedingungslosen, sicheren, ungehinderten und dauerhaften Zugang von humanitärer Hilfe für alle Menschen in Syrien zu ermöglichen. Das sind ziemlich viele Forderungen für Akteure, die eigentlich neutral sind.

Doch diese Forderungen haben unsere Neutralität nicht verletzt. Wir haben uns mit ihnen weder auf eine Seite geschlagen noch Partei ergriffen. Wir haben keine parteipolitische Position bezogen und auch für keine der Konfliktparteien gesprochen. Wir haben vielmehr das getan, was wir neben der praktischen Hilfe vor Ort ebenfalls als unsere Aufgabe

ansehen: Denjenigen Menschen eine Stimme gegenüber der deutschen Politik zu geben, die sonst kaum oder gar nicht gehört werden. Wir sprechen für Menschen, mit denen wir vor Ort gemeinsam definieren, was die dringendsten Bedürfnisse sind, die gestillt werden müssen, und deren Wünsche, Forderungen und Anliegen wir deshalb sehr genau kennen. Denn auch das ist eine Form der Menschlichkeit: nicht für, sondern gemeinsam mit den Betroffenen zu entscheiden, welche Unterstützung sie benötigen, und sie nicht zu reinen Hilfeempfängern zu degradieren.

Es ist uns am liebsten, wenn diese Menschen für sich selbst sprechen. Aus diesem Grund versuchen wir beispielsweise so oft es geht, Betroffene und Kollegen aus unseren Projektländern nach Deutschland zu holen. Hier bringen wir sie ins Gespräch mit Bundestagesabgeordneten und Ministeriumsvertretern, damit sie direkt und ohne Umwege über die Situation in ihrem Heimatland berichten können. Denn es macht natürlich einen Unterschied, ob die Philippinin Minet Aguisanda-Jerusalem selbst und aus ihrer persönlichen Erfahrung heraus darüber spricht, was der Taifun Haiyan in ihrem Land angerichtet hat und wie sie mit ihrer Organisation dafür kämpft, die Menschen besser auf zukünftige Katastrophen vorzubereiten. Doch nicht immer ist dies möglich und dann übernehmen wir diese Aufgabe, in enger Abstimmung mit den Menschen vor Ort und als ihre Fürsprecher.

CARE als Hilfsorganisation ist politisch neutral. Nicht neutral verhalten wir uns aber bei der Einhaltung von internationalem Recht und der

Achtung der Menschenrechte. Hierfür treten wir entschlossen ein. Wir erwarten, dass die deutsche Politik dies ebenfalls tut und sich vehement dafür einsetzt, einen sicheren und verlässlichen Rahmen für unsere Arbeit zu schaffen. Die politischen Entscheidungsträger immer wieder daran zu erinnern – und manchmal auch für ihre Positionen zu kritisieren, ist leider andauernd notwendig.

In vielen Konflikten erleben wir Momente, in denen uns die Hände gebunden sind: Wenn wir nicht zu den Menschen vordringen können, die unsere Hilfe am nötigsten brauchen. Wenn Grenzen geschlossen werden, und Hilfsgüter nicht ins Land gelangen, so wie es die Pressemitteilung im November 2017 zum Jemen schildert. Wenn Helferinnen und Helfer Zielscheibe von Angriffen werden und sie damit noch gefährdeter sind, als es die Arbeit in einem Krisengebiet ohnehin schon bedingt. Wir sind auf dieser Ebene machtlos und darauf angewiesen, dass sich politische Entscheidungsträger für die Menschen vor Ort und für uns Helferinnen und Helfer einsetzen. ●